



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Karl Freller, Dr. Marcel Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Dr. Ludwig Spaenle, Peter Tomaschko CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/11759, 18/16344

Medizinische Fachangestellte wertschätzen, Fachkräftemangel entgegenwirken IV – Zugang zur MFA-Ausbildung durch mehr Angebote an Berufsschulen in Bayern erleichtern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, wie sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler für eine Ausbildung zur bzw. zum Medizinischen Fachangestellten (MFA) an bayerischen Berufsschulen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat. Zudem möge die Staatsregierung ihre Einschätzung mitteilen, ob die vorhandenen Schulplätze ausreichen oder ob durch eine Ausweitung des Ausbildungsangebots zur bzw. zum MFA an weiteren Berufsschulen – insbesondere an Orten, an denen ein solches Angebot bisher nicht existiert – mehr Auszubildende für die Berufsgruppe MFA gewonnen werden können. Die Staatsregierung möge dabei auch darauf eingehen, ob genügend Berufsschullehrkräfte zur Verfügung stehen. Schließlich möge die Staatsregierung eruieren, in welchen Gebieten ein besonderer Mangel an MFA's vorherrscht und wie weit die Wege von dort zur nächsten Berufsschule mit einer entsprechenden Ausbildungsrichtung sind. Dazu wird die Staatsregierung aufgefordert, zielführende Konzepte zu entwickeln.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident